



Stellungnahme zur Vorlage Nr. 126/2016 für die Ratssitzung am 22.12.2016

Über diesen Punkt haben wir mehrmals ergebnisoffen diskutiert. Die „grüne“ Fraktion hatte unterschiedliche Meinungen. So lauteten die Vorschläge auf der einen Seite:

- zum jetzigen Zeitpunkt keine Erhöhungen vornehmen, bis uns von der Verwaltung der aktuelle Haushaltsplan 2017 mit seinen Zahlen vorliegt; wohlwissend, dass eine Erhöhung der Steuern unumgänglich sein wird. Ein großer Nachteil wäre in diesem Fall, dass eine spätere Steuererhöhung rückwirkend erfolgen würde. Und das kann im Portemonnaie besonders weh tun.
- Da jedem von uns klar ist, dass die aktuellen Steuersätze nicht ausreichend sind, diskutierten wir eine zweite Alternative. Bereits der Haushalt für 2015/2016 enthielt eine Erhöhung der Sätze ab 2017. Auch die Steuersätze wurden von uns diskutiert.
- Jedoch werden höchstwahrscheinlich selbst diese Steuersätze nicht ausreichend sein. So sind uns z.B. zwischenzeitlich die Zahlen des Kreises bekannt. Für die Kreis- und auch für die Jugendamtsumlagen müssen wir in den nächsten beiden Jahren tiefer in die Tasche greifen.

Unsere Prämisse ist es, die finanziellen Belastungen auf möglichst vielen Schultern zu verteilen. Darum haben wir uns für Steuererhöhungen sowohl bei den beiden Grundsteuern als auch bei der Gewerbesteuer entschlossen. So können wir uns dem genannten Vorschlag anschließen, der immer noch weit entfernt vom Vorschlag der Verwaltung ist.

Wir weisen allerdings heute auch darauf hin, dass diese Sätze nach der Bearbeitung des aktuellen Haushaltsplans evtl. nochmals verändert werden können. Wir sind davon überzeugt, mit dieser Lösung verantwortungsvoll im Sinne der Indener Bevölkerung zu handeln.